

Antrag an das 31. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Linke Liste an der HU; Grünboldt	
Datum	22.04.2024	
Nr. und Datum der Sitzung	5. Sitzung, 24.04.2024	
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)		

I. Antragsgegenstand

Änderungsantrag zu TOP 6.15 SP-31/44

Neuer Titel: „StuPa stabil gegen Polizei (auf dem Campus)“

II. Beschlussentwurf

Ersetze Entschlussentwurf durch:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1. Das StuPa fordert die Leitung der Humboldt-Universität zu Berlin dazu auf, dem StuPa einen Bericht über die am 15.03.2024 durchgeführte Sicherheitsübung der Polizei Berlin zu erstatten.
2. Das StuPa fordert die Leitung der Humboldt-Universität zu Berlin auf, ausführlich dazu Stellung zu nehmen, warum es einer solchen Übung bedarf.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

-

IV. Begründung

Die Nichtnutzbarkeit des Hauptgebäudes der Humboldt Universität am 15.03.2024 stellte für die Studierende eine Belastung dar. Bei Universitäten handelt es sich um öffentliche Räume, auf die viele Studierende stark angewiesen sind – in der Form von Lernräumen, Mensa oder auch als safe(r) space. Dies war für den 15.03. nicht gewährleistet.

Die Polizei Berlin ist Teil der Staatsgewalt und muss damit einer demokratischen Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterworfen werden. Informationen über die an der HU vorgenommenen Sicherheitsübung bilden einen Teilaspekt dieser Kontrolle.

Dass die Polizei sich gerne dieser öffentlichen Kontrolle entzieht, ist zahlreich bekannt, immer wieder versucht sie sich auch der Überprüfung einer Rechtmäßigkeit ihres Handelns zu entziehen. Externe Untersuchungsstellen in Form von Beschwerdekommisionen wie sie es bspw. schon in Großbritannien, Norwegen oder Kanada gibt, existieren in Deutschland nicht. 95% aller Ermittlungsverfahren gegen die Polizei in Deutschland werden eingestellt.

Dass die aktuellen Kontrollmechanismen nicht ausreichen, unterstreicht die Bedeutsamkeit von Seiten der Universität Details über die Sicherheitsübung am 15.03. zu erfahren. Auf Grundlage

dieser Informationen kann sich das Studierendenparlament in seiner Kritik detailreicher zu zukünftigen Übungen der Polizei Berlin an der HU positionieren.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

-

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

eske.woldmer@student.hu-berlin.de